

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 96
Februar
2015

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

„Welt aus den Fugen“ ist auch das Leitthema dieser Denkwürdigkeiten. Es knirscht an allen Ecken und Enden. Ob das neue Weißbuch weiterhelfen kann? Es soll die deutsche Außenpolitik und die Zukunft der Bundeswehr definieren helfen. Die Debatte darum hat begonnen. Auch die Mitglieder der pmg beteiligen sich daran. Diese Ausgabe der Denkwürdigkeiten dokumentiert deren Empfehlungen in einer Zusammenfassung.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Für eine klare Priorität in der deutschen Vertei- digungspolitik

Kersten Lahl

4 „Was, um Him- mels willen, ma- chen wir Deut- schen dort mitten in der Krise?“

Ralph Thiele im Interview mit
Holger Douglas

8 Boko Haram: No Longer Just a Threat to the State of Nigeria but to the Entire Conti- nent of Africa and the West

Yossef Bodansky

11 Weissbuch 2016 – Empfehlungen

Mitglieder der pmg

THEMEN

Für eine klare Priorität in der deutschen Verteidigungspolitik

Das Jahr 2014 ist beendet. Es hat Europa und damit auch Deutschland eine wesentliche Änderung der sicherheitspolitischen Lage beschert und wirkt daher wohl noch lange nach. Da stellt sich unweigerlich die Frage nach erforderlichen Konsequenzen auch und gerade in der Verteidigungspolitik. Ein „Weiter so“ im Sinne der normalerweise so beneidenswerten Kölner Lebensphilosophie „Et hätt noch immer jöt jejange“ scheidet wohl eher aus.

Zwei Krisenregionen – beide am Rande Europas beziehungsweise in seiner unmittelbaren Nachbarschaft – halten uns nicht nur in Atem, sondern machen uns weitgehend ratlos und hilflos: Zum einen der arabische Raum mit seinen so dramatischen wie komplizierten Turbulenzen, insbesondere dem unvorstellbar brutalen Vormarsch der extremen Islamisten. Und zum anderen die nicht minder erschreckenden Ereignisse in der Ukraine, dies im Gefolge einer offenbar auf Aggression und Konfrontation setzenden russischen Außenpolitik.

Beide Krisenherde besitzen hohe und langfristig wirksame sicherheitspolitische Relevanz auch für Deutschland. Und beide haben uns in einer Weise überrascht, die zu denken gibt. Man kann durchaus von einem Weckruf sprechen, und man darf zugleich anfügen: Wer glaubt, wir selbst könnten uns mit einer bequemen Zuschauerrolle im Schutze einer regionalen Nische begnügen, der irrt gewaltig.

Allerdings muss man nach einer eingehenden Analyse auch feststellen: Beide Krisenherde führen zu sehr unterschiedlichen verteidigungspolitischen Folgerungen. Das wiederum erstaunt nicht. Denn erfolgreiche (vernetzte!) Sicherheitspolitik braucht immer einen Mix aus mehreren geeigneten Instrumenten, die – und das ist nun entscheidend – nie nach einem starren Patentrezept, sondern stets situationsgerecht einzusetzen sind. Die entscheidende Frage ist daher, was uns die ge-

nannten Konflikte in Bezug auf unsere zukünftig erforderliche sicherheitspolitische Ausrichtung sagen.

Im Falle der arabischen Bürgerkriege und des islamistischen Extremismus spielt ein umfangreiches militärisches Engagement Deutschlands eine untergeordnete Rolle, wenn überhaupt. Daran ändern auch einzelne, öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie etwa die angestrebte Mission zur Ausbildung der irakischen Kurden wenig. Und auch die Gefahr, dass das NATO-Bündnis an seinen Grenzen (z.B. der Türkei) mit durchschlagender militärischer Gewalt von außen angegriffen wird, ist vergleichsweise gering. Zwar ist auch dort ein Bündnisfall i.S. des Artikel 5 NATO-Vertrag keineswegs ausgeschlossen, würde aber aus Gründen des militärischen Kräfteverhältnisses nur vergleichsweise kleine Teile der deutschen Streitkräfte betreffen. Im Großen und Ganzen zeigt der Blick auf den arabischen Raum vielmehr: Wenn wir überhaupt etwas Nennenswertes zur Konfliktlösung in dieser Region leisten können, dann betrifft das eher diplomatische, entwicklungspolitische, wirtschaftliche Instrumente.

Das Letztere gilt nun auch für den Krisenherd Ukraine. Auch dort scheidet jedes aktive militärische Engagement für uns von vorneherein aus, dies aus guten Gründen. Aber es gibt hier einen gewaltigen Unterschied: Das Risiko einer politischen Entwicklung, die für uns und unsere Bündnispartner eine wirklich existenzielle Bedeutung erfährt, ist ungleich höher einzuschätzen als anderswo. Niemand kann garantieren, dass die Lage in Osteuropa nicht weiter eskaliert. Niemand kann behaupten, sie unter Kontrolle zu behalten. Und niemand weiß, welche Agenda Russland in absehbarer Zukunft verfolgt. Immerhin handelt es sich um eine militärische Großmacht mit nicht nur geostrategischen Vorteilen, sondern auch einem beachtlichem Nuklearpotenzial.

Was bedeutet das für die NATO, was für die Bundeswehr? Die Antwort liegt auf der Hand: Wir

müssen neben dem diplomatischen Ziel eines einvernehmlichen Auskommens mit Russland vor allem auch unsere solidarische Verteidigungsvorsorge im Bündnisrahmen stärken – wobei ein der militärstrategischen Tradition verhaftetes „worst-case“-Denken nicht abwegig ist. Oder anders ausgedrückt: Wir müssen die nun wieder sichtbaren oder neu entstandenen Risiken durch eine konsequente Nachsteuerung – oder besser: Steigerung – unserer Fähigkeiten zum glaubwürdigen Schutz unserer Partner in der Allianz mindern. Und zwar nicht aktivistisch, sondern auf der Grundlage einer sorgfältigen Analyse der künftigen Möglichkeiten und des zu erwartenden Willens eines denkbaren Gegners.

Das ist (noch) nicht eine resignative Rückkehr zum Kalten Krieg, wohl aber eine Rückbesinnung auf damals durchaus erfolgreiche Grundsätze. Und: Jedenfalls handelt es sich hier um eine Aufgabe, welche aufgrund ihrer Größe und ihres Gewichts die Bundeswehr als Ganzes betrifft.

Bei der schwierigen Umsetzung liegt eine bittere Erkenntnis auf der Hand: Die Mittel sind zu knapp, und das nicht nur, aber vor allem auch in Deutschland. Die Auswirkungen der Friedensdividende nach dem Ende Ost-West-Konflikts einerseits und der fehlenden Anschubfinanzierungen bei den seitherigen Umbauten der Armee machen sich immer deutlicher bemerkbar. Eine durchgreifende Erhöhung des Verteidigungsbudgets wäre daher mehr als wünschenswert, ist aber eher nicht zu erwarten. In dieser misslichen Lage bleibt nur ein Ausweg: Wir dürfen unsere kostbaren Kräfte nicht verzetteln, dürfen den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit nicht den „Alleskönner“ vorgaukeln, sondern brauchen einen klaren Schwerpunkt – was freilich umgekehrt bedeutet, auch bewusst Lücken in Kauf zu nehmen.

Dieser Schwerpunkt kann nur auf der Landes- und Bündnisverteidigung liegen (beides darf man nicht trennen – wer könnte das aus eigener Erfahrung besser beurteilen

als wir Deutschen?). Und als Konsequenz bleibt keine Wahl: Mögliche Abstriche sind dann notfalls bei den Szenarien vorzunehmen, die bisher als „am wahrscheinlichsten“ und deshalb strukturbestimmend für die Bundeswehr galten, also bei den diversen Einsätzen zur Stabilisierung zerfallender Staaten im internationalen Krisenmanagement. Wie bisher ist das Letztere ohnehin das primäre Terrain für nicht-militärische Mittel der Sicherheitspolitik. Das heißt also ganz nüchtern: Was wir militärisch nicht leisten können, bedarf eben umso höherer Anstrengungen im nicht-militärischen Bereich – oder, falls auch das nicht erfolversprechend erscheint, einer entsprechenden Bescheidenheit im außenpolitischen Anspruch Deutschlands. Ehrliche Realitätsnähe ist meist wirkungsvoller als Wunschdenken.

Im Klartext sind jetzt drei Schritte vordringlich:

- Erstens eine harte Analyse, was für den deutschen Beitrag zu einer erfolgreichen Bündnisverteidigung unter den geänderten Rahmenbedingungen erforderlich ist.
- Zweitens eine nüchterne Bestandsaufnahme, was wir heute nach Zeit, Raum und Kräften zu leisten imstande sind. Das betrifft vor allem die Bereiche Ausrüstung, Logistik, Ausbildung, Struktur und auch Reservistenkonzeption.
- Und drittens – für den zu erwartenden Fall eines festgestellten Defizits – muss konsequent nach- oder gar umgesteuert werden. Dass dies nicht von heute auf morgen abschließend geschehen kann, darf nicht als Ausrede für Gestaltungsarmut gelten.

Im Ergebnis kann es nur eine Aufgabe der Bundeswehr geben, die wirklich „strukturelevant“ ist und damit im Zweifel alles andere verdrängt: Die Landes- und Bündnisverteidigung unter den neuen geostrategischen Bedingungen. Hier und nirgendwo anders muss die höchste und allein maßgebliche Priorität bei der Ausrichtung der Bundeswehr liegen. Was auch immer das bedeutet. An der unbequemen Erkenntnis führt jeden-

falls kein Weg vorbei: Europa ist keineswegs mehr allein von Freunden umzingelt.

Es wird also Zeit für eine Neujustierung der verteidigungspolitischen Richtlinien mit klarer Schwerpunktsetzung. Ein neues Weißbuch ist dafür ein richtiger, wengleich bescheidener Ansatz. In Wirklichkeit brauchen wir auf deutscher wie auch auf europäischer Ebene endlich ein übergreifendes sicherheitspolitisches Konzept, das die einzelnen militärischen und nicht-militärischen Ziele und Instrumente sinnvoll und mit weitem Blick nach vorn aufeinander abstimmt. Was spricht eigentlich dagegen?

Kersten Lahl

Kersten Lahl, Generalleutnant a.D., war Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) von 2008 bis 2011 und ist Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), Leiter des Forums München der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und Vorsitzender des Freundeskreises der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS).

Der Artikel ist zuvor erschienen in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS), Januar 2015, ETH Zürich.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

“Was, um Himmels willen, machen wir Deutschen dort mitten in der Krise?“

10 Fragen – heute an den Militär-Experten Ralph Thiele, Oberst a.D. Diplom-Kaufmann. Ralph Thiele ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft und CEO von StratByrd Consulting. In den vergangenen 17 Jahren hat er die Politisch-Militärische Gesellschaft in Berlin zu einem national und international respektierten und renommierten Forum entwickelt. In seiner militärischen Laufbahn war er in einer Vielzahl bedeutender nationaler und internationaler, sicherheits- und militärpolitischer, planerischer, akademischer und Führungsverwendungen eingesetzt.

1) Holger Douglas: *Was haben die Sanktionen der westlichen Länder bisher in Russland bewirkt? Die Oligarchen sind empfindlich getroffen, aber haben sie auch die Macht, sich zu wehren? Und bemerkt das arme Volk überhaupt etwas von den Sanktionen?*

Ralph Thiele: Die Sanktionen treffen Russland und die russische Wirtschaft hart. Dienstleistungs- und Warenströme müssen neue Wege und Märkte suchen. Die Oligarchen müssen Milliardenverluste verkraften. Vor allem die Banken leiden unter der Rubelkrise – viele wackeln bereits. Demnächst stehen Konkurse an. Die Folgen werden in Kürze auch die Menschen treffen. Bald wird dem Kreml nichts anderes übrig bleiben, als Steuern anzuheben, um die Krise abzufedern. Preise werden steigen. Dies wird die sozialen Spannungen in Russland verschärfen. Der bröckelnde Tourismus signalisiert die neue Lage. Viel weniger russische Bürger als bisher konnten sich 2014 in Auslandsurlauben ein persönliches Bild von den freiheitlich westlichen Demokratien machen. Dort kann man sich langsam auf eine Zuwanderungswelle junger, gut gebildeter Russen vorbereiten.

2) Holger Douglas: *Was, vermuten Sie, treibt Putin an? Häufig verdecken Politiker mit außenpolitischen Kraftmeiereien innen- und wirtschaftspolitische Schwierigkeiten. Denken Sie, dass es hier auch so ist?*

Ralph Thiele: Eher nicht. Vor der Ukrainekrise war Russland auf Wertschöpfungs- und Diversifizierungskurs. Man wollte mit erheblichen Investitionen und in enger Zusammenarbeit mit westlichen Partnern die eigene schwache wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf ein belastbareres Fundament stellen. Dabei war Russland ein eigenwilliger, schwieriger, bedeutungshungriger, aber zugleich zunehmend kooperativer Partner des Westens. Außen- und sicherheitspolitisch sah Russland in den vergangenen zwei Jahrzehnten seine strategischen Risiken vor allem im Süden und nicht im Westen. Im Zuge der ukrainischen Krise hat sich diese Wahrnehmung

radikal verändert. Strategische Bedrohung aus dem Westen erscheint Russland wieder möglich. Im Grunde unterstellt man den USA ‚Regime-Change‘ Absichten mit zumindest fahrlässiger Beihilfe der Europäischen Union. Das ist auch die Hauptquelle des Vertrauensverlustes. Putin beobachtet schon seit Jahren misstrauisch eine zunehmend ungenierte westliche Attitüde, unter dem Deckmantel von Menschenrechten das Recht des Stärkeren zu Lasten der Stärke des Rechts den Vorzug zu geben. Beispiele hierfür sind aus seiner Sicht der Kosovo und die Anerkennung dessen völkerrechtlich umstrittener Unabhängigkeitserklärung, der Einmarsch in den Irak und Afghanistan, die ungenierte Unterstützung des „Arabischen Frühlings“, die Droheneinsätze der USA unter Verletzung fundamentaler Souveränitätsrechte anderer Staaten etc. Auch der Regimewechsel in der Ukraine wurde aus russischer Sicht massiv vom Westen unterstützt und hat ein fragiles Gleichgewicht innerhalb des Staates zerstört mit massiven negativen Folgen. Für Putin war es der entscheidende Schritt über die rote Linie. Als Janukowitsch im Februar 2014 vor dem Druck einer aufgeputschten Bevölkerung nach Russland floh, entstand eine neue Regierung in Kiew, die im Kern pro-westlich und anti-russisch war. Auch wenn das volle Ausmaß der US-Beteiligung an diesen Vorgängen noch unklar ist, steht wohl fest: Washington hat den Putsch unterstützt. Es gab und gibt erhebliches U.S.-Engagement zur Förderung von Demokratie und westlichen Werten in der Ukraine – darunter Geld für Demonstranten, private Sicherheitskräfte in Kiew, erhebliche NGO-Finanzierung zur Förderung der Westbindung der Ukraine bis hin zu intensivem geheimdienstlichen Engagement.

Vor diesem Hintergrund hat sich für Putin das bisherige Modell der Beziehungen Russlands zum Westen erschöpft, das sich seit Gorbatschow von dem Grundsatz leiten ließ, dass ein konstruktives Verhältnis zum Westen – trotz aller Differenzen in Teilfragen – ein Wert an sich und unentbehrlich für Russlands Sicherheit ist.

Angesichts der Bedeutung der Krim für die russische Nahrungsmittelversorgung, der politisch-strategischen Bedeutung der Ukraine für die Wirtschaft und – mehr noch – die nationale Sicherheit Russlands entwickelte sich die Krise zu einer Art Showdown, den Russland glaubt, gewinnen zu können. Für Putin ist jetzt Zeit der Abrechnung für das, was Russland aus seiner Sicht als ein Vierteljahrhundert der Respektlosigkeit, der Demütigung und des diplomatischen Mobbings wahrgenommen hat.

„Putin will ernst genommen werden.“

3) Holger Douglas: *Wie stark ist Putin wirklich?*

Ralph Thiele: Russische Langstreckenbomber an den Grenzen des NATO-Luftraums verursachen Alarmstarts von NATO-Abfangjägern. Russische U-Boote in NATO-Gewässern lösen aufwändige Suchoperationen aus. Die NATO erfährt in der Ukraine-Krise, dass sie ihre Souveränität im Luftraum, im Seeraum oder auch im Cyberraum nicht effektiv schützen kann. Als Reaktion auf die geplante ballistische Raketenabwehr der NATO entlang Russlands Grenze werden 50 Nuklearraketen in den Dienst gestellt, die diesen Schirm durchbrechen werden können. Noch bis 2020 läuft ein 300 Mrd. US\$ Modernisierungsprogramm der russischen Streitkräfte, während die Schwindsucht der militärischen Fähigkeiten des transatlantischen Bündnisses anhält. Auch die USA fahren ihre Militärausgaben, wenngleich auf hohem Niveau, um knapp ein Viertel zurück – und relevante europäische militärische Fähigkeiten sind weiterhin nicht in Sicht.

Putin will ernst genommen werden. Deshalb wird er die russischen Streitkräfte trotz der sich verschärfenden Wirtschaftskrise wie geplant modernisieren. Der Spott von US-Präsident Barack Obama über Russland als Regionalmacht hat ihn verletzt. Amerikanische und NATO-Manöver auf ukrainischem Boden und in ukrainischen Häfen besorgen und pro-

vozieren ihn – übrigens unter Beteiligung der Bundeswehr im September des vergangenen Jahres. Vom 11. bis zum 28. September 2014 veranstaltete die NATO beispielsweise unter Leitung des US European Command das Manöver „Rapid Trident 14“ auf einem Truppenübungsplatz im Westen der Ukraine. Bei der kombinierten Land- und Luftwaffenübung waren etwa 1300 Soldaten aus 16 Nationen, darunter auch drei Soldaten der Bundeswehr beteiligt.

Was um Himmels willen machen wir Deutschen dort mitten in der Krise?

Das „Center of Gravity“ des Systems Putin ist der Energieexport. Russland kann sich materiell allein auf Rohstoff- und Energieexport stützen. Putin braucht die Rohstofflöse zur Unterstützung wichtiger Machteliten. Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Basis für Putins Ansatz schwach. Unterm Strich vergrößert die Leidenfähigkeit des russischen Volkes Putins zeitlichen Spielraum; dauerhaft niedrige Ölpreise verringern ihn dagegen.

Innenpolitisch konzentriert sich das System auf Nationalismus. Dieser wird durch die erfolgreiche Demonstration militärischer Macht befeuert. Die in den vergangenen Jahren erheblich verbesserte Leistungsfähigkeit der Streitkräfte gestattet Säbelrasseln unterhalb der Schwelle des Krieges und unterlegt Putins Strategie nach innen. Er hat für diesen Kurs eine hohe Zustimmung in der eigenen Bevölkerung. Er provoziert und setzt nach, wo der Westen zurückweicht.

Da der Westen an seinen Zielsetzungen bezüglich der Ukraine fethält, hat sich Russland zu einer – für alle Beteiligten – kostspieligen Beschäftigungstherapie entschlossen. Man hält die Ukraine in einem dauernden Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden, damit das Land keine Kraft hat, das Assoziierungsprogramm mit der EU umzusetzen und einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen. Dann kann er verkünden, dass das Assoziierungspro-

gramm gescheitert ist und damit das europäische Modell.

Für Moldowa und Georgien, die ebenfalls den Weg der EU-Assoziierung gehen wollen, ist das eine handfeste Warnung: Sie müssen ggf. mit Krieg in ihren Ländern rechnen. Putin geht davon aus, dass der Westen wegen der Ukraine keine massive Konfrontation mit Russland wagen wird.

4) Holger Douglas: *Offenkundig ist: Es ist jegliches Vertrauen zwischen beiden Seiten verspielt worden. Es scheint noch nicht mal mehr einen inoffiziellen, direkten Draht zu geben. Wie konnte es so weit kommen?*

Ralph Thiele: Der Vertrauensverlust hat einen langen Vorlauf mit drei Schlüsselerfahrungen auf russischer Seite:

- NATO-Mitgliedschaft der ost-europäischen Länder: Für Russland liegt die Wurzel des Übels in der NATO-Erweiterung. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich die russische Führung strikt gegen die NATO-Erweiterung ausgesprochen. Insbesondere in den letzten Jahren hat Russland deutlich gemacht, dass es nicht einfach zusieht, wenn seine strategisch wichtigen Nachbarn in eine westliche Bastion umgestaltet werden sollen. Als auf dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest erstmals der mögliche Beitritt von Georgien und der Ukraine thematisiert wurde, unterstützte George W. Bush deren Beitrittswunsch, während Frankreich und Deutschland besorgt waren, damit Russland nachhaltig zu verärgern.

Die NATO-Staaten einigten sich damals auf einen Kompromiss: Die Allianz begann nicht den formalen Prozess, der zur Mitgliedschaft führt, aber begrüßten in einer Erklärung die Bestrebungen Georgiens und der Ukraine. Alexander Grushko, der damalige stellvertretende Außenminister Russlands, kommentierte lakonisch, „dass die Mitglied-

schaft Georgiens und der Ukraine in der Allianz ein großer strategischer Fehler wäre, mit schwersten Folgen für die gesamteuropäische Sicherheit.“

- Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten: Das Engagement des Westens führte wiederholt zu blutigen Bürgerkriegen. Aus russischer Sicht gab es hier eine Serie von Völkerrechtsverletzungen seitens des Westens begleitet von einer indirekten Begleitung der aktiv angestrebten, gewaltsamen Regierungswechsel durch sogenanntes „Social Engineering“ – die Einbindung von NGOs zur Förderung unzufriedener sozialer Gruppen. Genau diese „modernen Formen der Aggression gegen Russland“ wirft Moskau derzeit dem Westen vor.
- Entscheidung der NATO, ein System ballistischer Raketenabwehr in Osteuropa zu stationieren:
Russland hat dem Westen nie das Argument abgenommen, das System sei nicht gegen Russland gerichtet, sondern eine Reaktion auf die Bestrebungen des Irans, Atommacht zu werden. Für Russland war diese Entscheidung ein eindeutig feindseliger Akt gegen das russische strategische Dispositiv.

Im Grunde hat der Westen Schritt für Schritt Sensitivität, Fachwissen und auch Respekt gegenüber Russland und dessen strategischen Interessen verloren. Früher gab es beispielsweise Heerscharen von sogenannten „Sowjetologen“, die sich mit allen denkbaren Aspekten russischer Planungen, Fähigkeiten und Befindlichkeiten im Detail auskannten. Mit dem Fall der Mauer konnten sie sich neue Jobs suchen. Heute fehlt deren Expertise. Die gegenwärtige Abwesenheit von Vertrauen reflektiert schlechte Erfahrungen miteinander. Die Abwesenheit von direkten Drähten – wie beispielsweise Egon Bahr für lange Jahrzehnte als Mittelsmann der SPD für kritische Ost-West-Themen – offenbart Ignoranz, fehlendes Urteilsvermögen und mangelnden Respekt.

Hier brauchen wir dringend wieder die Fähigkeit, wie es Hans-Dietrich Genscher kürzlich so treffend formulierte, sich in die „Schuhe des anderen“ zu stellen.

Der Krieg der Zukunft wird nicht mehr erklärt!

5) Holger Douglas: *Vor allem in den baltischen Ländern blickt man mit großer werdender Furcht auf Russland. Dort ist die Erinnerung an die Zeiten des Ostblocks noch hellwach. Und immerhin hat die russische Armee direkt vor ihrer Haustür ihren neuen hybriden Krieg geübt. Russische Atom-bomber fliegen bis an die Grenzen zum Westen, teilweise offenbar darüber hinaus. Verstehen Sie die Sorgen der Balten? Sehen Sie eine Kriegsgefahr?*

Ralph Thiele: Strategie zielt auf die Durchsetzung eigener Ziele und Zwecke auch gegen Widerstände. Diesen Weg geht Russland ganz offensichtlich mit Blick auf die Ukraine.

Russland hat bisher die Initiative, täuscht und droht und zwingt den Westen zur Reaktion. Die Welt erlebt, wie dosierte und verdeckte militärische Aggression von Diplomatie, Informationskriegsführung, Propaganda, humanitären Aktionen, Cyberwar, Geheimdienstoperationen, Wirtschaftsinitiativen und innenpolitischen Repressionen abgeschirmt und begleitet wird. Der damals frisch bestellte russische Generalstabschef Walerij Gerassimow hat Ende Januar 2013 in seiner Rede vor der Jahresversammlung der Russischen Akademie für Militärwissenschaft seine Vorstellungen moderner russischer Operationen öffentlich beschrieben. Er erläuterte, dass sich die Grenzen zwischen Krieg und Frieden auflösen. Kriege würden nicht mehr erklärt, und sie verliefen nach einem „ungeübten Muster“. Ein prosperierender Staat könne – als Opfer einer ausländischen Intervention – in kurzer Zeit in einen Schauplatz erbitterter bewaffneter Auseinandersetzungen verwandelt werden mit Ausprägungen wie Chaos, humanitären Notlagen und Bürgerkrieg inklusive. Grundlage seiner Überlegungen war eine sorg-

fältige Analyse der „Farbenrevolutionen“ in Nordafrika und im Nahen Osten. Er forderte seine Zuhörer auf, von Siegern (er meinte die westlichen Staaten) das Siegen zu lernen. Politische Ziele seien nicht mehr in erster Linie mit konventioneller Feuerkraft zu erreichen, sondern durch den – so Gerassimow wörtlich – „breit gestreuten Einsatz von Desinformationen, von politischen, ökonomischen, humanitären und anderen nichtmilitärischen Maßnahmen, die in Verbindung mit dem Protestpotential der Bevölkerung zum Einsatz kommen“. Der russische Begriff dafür ist „nichtlineare Kriegsführung“. Militärische Maßnahmen seien zwar erforderlich, sagte der Generalstabschef weiter, aber sie müssten einen „verdeckten Charakter“ haben: Dazu gehörten Angriffe auf Informationssysteme und der Einsatz von Spezialtruppen. „Der offene Einsatz von Truppen – oftmals unter dem Deckmantel von Friedenserhaltung und Krisenbewältigung – kommt erst zu einem späten Zeitpunkt in Betracht, vor allem, um in einem Konflikt endgültig zu gewinnen“, so Gerassimow. Entscheidend dafür seien „Geschwindigkeit, schnelle Bewegungen, der kluge Einsatz von Fallschirmjägern und das Einkreisen feindlicher Kräfte“.

Das von ihm umrissene Einsatzkonzept wurde von den russischen Streitkräften im September 2013 tatsächlich geübt. Die Übung ZAPAD in Kaliningrad sowie an der russischen Westgrenze zum Baltikum und in Weißrussland diente als praktische Vorbereitung. Offiziell wurde die gemeinsame Verteidigung russischer und weißrussischer Einheiten gegen einen Angriff „illegaler bewaffneter Gruppen“ auf Weißrussland geübt.

Tatsächlich war es eine Art Generalprobe für den späteren Einsatz auf der Krim und im Osten der Ukraine. Zum Teil handelte es sich sogar um dieselben Bataillone. Offiziell wurden von beiden Staaten nur 12.900 Soldaten für die Übung angemeldet, da dies unterhalb der Schwelle liegt, jenseits der westliche Beobachter hätten zugelassen werden müssen. Nach Schätzung der NATO waren tatsächlich

jedoch rund 70.000 Soldaten eingebunden.

Die Übung hatte übrigens eine zweite beunruhigende Botschaft: Der Gegenschlag der Verteidiger zielte auf die Eroberung des gesamten Baltikums. Die Balten haben also tatsächlich Grund zur Sorge.

6) Holger Douglas: *Der „graue Eminenz der amerikanischen Außenpolitik“, Zbigniew Brzezinski, kommt in seinem Buch „Das große Schachbrett“ von 1997 zu dem Schluß, daß das erste Ziel amerikanischer Außenpolitik darin bestehen muß, „daß kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen“. Es gelte, „die Gefahr eines plötzlichen Aufstiegs einer neuen Macht erfolgreich“ hinauszuschieben. Die USA verfolgen das Ziel, „die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren“. Sie müssen „das Emporkommen eines Rivalen um die Macht (...) vereiteln“. Wie schätzen Sie seine Ansicht ein?*

Ralph Thiele: Brzezinskis Ansatz ist bis heute zutreffend. Allerdings haben weder der U.S. Präsident noch die anderen westlichen Staats- und Regierungschefs das Schachbrett im Griff. Nicht zuletzt deshalb gerät die „Welt aus den Fugen“, wie es Außenminister Frank-Walter Steinmeier konstatiert hat. Die USA spielen auf dem „Großen Schachbrett“ – machtvoll und zuweilen unkoordiniert mit einer Präferenz für die militärische und wirtschaftliche Ebene. Die europäischen Demokratien spielen überwiegend auf dem wirtschaftlichen Brett und verpassen dabei allerdings wesentliche Anteile des Spiels auf den anderen Brettern. Diktatorische Regime wie China und Russland, sicherlich auch Nordkorea oder der Iran, nutzen sehr koordiniert – glücklicherweise noch nicht sehr wirkungsvoll – die gesamte Palette ihrer Möglichkeiten auf den verfügbaren Brettern.

7) Holger Douglas: *In der „öffentlichen“ amerikanischen Gesellschaft gibt es einen immer größeren Unwillen, Weltpolizist zu spielen. Stimmen heute noch Brzezinskis Einschätzungen?*

Ralph Thiele: Was die USA wollen, sagt der U.S. Präsident alljährlich in seiner „State of the Union Address“, die letzte übrigens erst vor ein paar Tagen:

„Meine vornehmste Pflicht als Oberkommandierender der amerikanischen Streitkräfte ist es, die Vereinigten Staaten von Amerika zu verteidigen. In diesem Zusammenhang lautet Frage nicht, ob Amerika die Welt führt, sondern wie. ... Wir führen am besten, wenn wir militärische Macht mit starker Diplomatie kombinieren, wenn wir unseren Einfluss und unsere Macht mit Bündnissen stärken, wenn wir uns nicht von Ängsten leiten lassen, sondern vielmehr von den Möglichkeiten, die uns das neue Jahrhundert bietet. Und genau das machen wir derzeit.“

Die USA verstehen sich als globale Macht, verpflichtet auf ihre Interessen sowie ihrer Führungsrolle in der westlichen Welt und darüber hinaus. Die US-Administration unter Präsident Obama setzt – wo immer möglich – auf die Stärken multilateraler Diplomatie und das Engagement in internationalen Organisationen, behält sich aber das Recht vor, ggfs. allein zu handeln.

Dementsprechend pflegen und entwickeln die USA ihre Partnerschaften zu Freunden und Verbündeten. Sie führen Bündnisse in der ganzen Welt. Diese sind konstitutives Merkmal für die Fähigkeit der USA, weltweit wirksam zu agieren und globale Herausforderungen nachhaltig zu bewältigen, denn sie begegnen den Krisenherden in der Welt nicht nur mit eigenen Fähigkeiten, sondern darüber hinaus mit dem gesamten verfügbaren Instrumentarium aus partnerschaftlicher Kooperation.

Hauptträger der U.S.-Sicherheitspolitik sind deren Streitkräfte. Sie dienen sowohl der Abschreckung wie auch der

Machtprojektion und Krisenintervention. Die USA verfügen über ein weltumspannendes Netz an Militärbasen in über 20 Ländern. Sie unterhalten darüber hinaus militärische Einrichtungen in über 130 Ländern sowie ein weltweites, dynamisch wachsendes Netz von militärischen Aufklärungseinrichtungen – vom Meeresboden bis in den Welt- und Cyberraum.

Derzeit belasten erhebliche Bürden die Performance der U.S. Außen- und Sicherheitspolitik – der problematische Nachlass der militärischen Interventionen im Irak und in Afghanistan sowie Konsequenzen der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise.

8) Holger Douglas: *Ist denn die Ukraine noch der Schlüsselstaat, so wie Brzezinski ihn beschreibt? Immerhin ist das Land kaputt, die Produktionsanlagen weitgehend Schrott und die Landwirtschaft in diesem Jahr wohl kaum noch in der Lage, zum Beispiel Getreide zu exportieren und damit Devisen einzunehmen. Ein übriges tun die Kampfhandlungen im Osten.*

Ralph Thiele: Die Ukraine ist ein Schlüsselstaat für die russische Sicherheit und Prosperität, weniger für die Sicherheit und Prosperität des Westens. Sie ist das einzige postsowjetische Land, das den Lebensstandard der Sowjetzeit nicht erreicht hat. Es ist zu einem der ärmsten europäischen Länder geworden. 20 Jahre erfolgloser Transformation haben in der Ukraine tiefe Spurrillen und Gegensätze hinterlassen.

In der Ukraine sind die bisherigen Regierungsmodelle gescheitert. Mit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1991 erlangte die Ukraine ein schweres Erbe – Regionen mit völlig unterschiedlicher Geschichte, mit einer Fülle ungelöster ethnischer und religiöser, sozialer und wirtschaftlicher Konflikte.

Halbherzige Reformen und weitverbreitete Korruption haben zu einem dysfunktionalen System geführt. Die ukrainischen Administrationen haben bisher durchweg ihre Machtposition missbraucht, um für persönliche Vorteile Geld aus dem Land zu ziehen. Jede Regime-

wechsel wurde von großen Säuberungen bis hinunter auf die Ebene der Krankenhäuser und Mittelschulen begleitet. In einem Fall führte dies zu einem Punkt, an dem sich ein ganzes Dorf gegen seine korrupte Polizei erhob. Auch der Vorwurf der Existenz rechtsradikaler Kräfte in der Ukraine ist nicht aus der Luft gegriffen.

Für die Ukraine standen und stehen derzeit zwei große Gefahren vor der Tür:

- ein möglicher lang währendender Bürgerkrieg;
- eine wirtschaftliche und humanitäre Katastrophe.

Beide Gefahren gehen über die Ukraine hinaus auch zu Lasten von Sicherheit und Prosperität in Russland und der Europäischen Union. Auch globale Auswirkungen sind zu befürchten. Denn der Westen verliert Russland als durchaus gewichtigen Partner im gemeinsamen Krisenmanagement bei regionalen und globalen Herausforderungen. In den meisten großen Krisen der letzten Jahrzehnte hat der Westen von der Kooperation Russlands profitiert.

„Der angeschlagene Hegemon will die sich verändernde Weltordnung dominant gestalten, hat aber noch keine klare Vision davon, wie diese aussehen könnte.“

9) Holger Douglas: *Welche Rolle will Amerika künftig spielen? Der Ölmarkt hat sich aufgrund der Frackingtechnologien innerhalb kurzer Zeit so dramatisch geändert, dass es die bisherigen Interessenskonstellationen nicht mehr gibt. Die Vereinigten Staaten sind selbst ölexportierendes Land geworden und nicht mehr auf das Öl aus dem Mittleren Osten angewiesen, könnten also das Interesse verlieren, mit Milliarden Dollar ihre Militärpräsenz im Persischen Golf aufrechtzuerhalten und die freie Fahrt für Öltanker zu garantieren – zumal es wieder eine vorsichtige Annäherung an Teheran zu geben scheint. Wie wird sich diese Lage weiter entwickeln?*

Ralph Thiele: Lange Zeit haben die USA zwei Flugzeugträgerflotten für die Region eingesetzt. Die

se Zeiten sind vorbei. Freie Fahrt für Öltanker im Persischen Golf bedeutet heute freie Fahrt für chinesische und europäische Ölversorgung. Warum sollten die USA für diese Nutznießer ihren immens hohen Aufwand in der Region fortsetzen wollen? Die Region bleibt als Krisenherd. Und sie behält ihre bedeutende geostrategische Lage als energiepolitische Schlüsselregion mit störanfälligen See- und Pipelineverbindungsweegen.

Die USA verstehen sich weiter als eine Weltmacht mit globaler Verantwortung. Allerdings hat die U.S.-Verschuldung inzwischen eine Dimension erreicht, welche die Handlungsfähigkeit der USA – nicht zuletzt durch strategische Abhängigkeit von ausländischen Gläubigern wie China – beeinträchtigt. Der angeschlagene Hegemon will die sich verändernde Weltordnung dominant gestalten, hat aber noch keine klare Vision davon, wie diese aussehen könnte. Sicher ist lediglich, dass darin Asien eine größere und Europa eine kleinere Rolle spielt als bisher.

Die strategische Neuausrichtung der USA mit asiatisch-pazifischem Fokus ist von daher konsequent. Die bestehenden Allianzen im Nordatlantik und Mittleren Osten sollen weiter gepflegt werden. Dennoch: Amerikas Zukunft liegt im Pazifik, hinsichtlich seiner nationalen Sicherheit, vor allem aber auch hinsichtlich seiner Prosperität. Und das Budget reicht nicht, um sich allen gleichermaßen zuzuwenden.

Asiatische Länder stehen heute an der Spitze des Fortschritts weltweiter Innovationen und Trends und sind eine dynamisch wachsende Kraft in der Weltwirtschaft. Hier lebt fast die Hälfte der Weltbevölkerung. Hier befinden sich außerordentlich wichtige Schwungräder der Weltwirtschaft. Hier sind aufstrebende Mächte wie China, Indien und Indonesien beheimatet.

Überdehnt und unterfinanziert für die anstehenden globalen Herausforderungen bedeutet der pazifische Fokus der USA in der Kon-

sequenz ein schleichendes Disengagement in Europa und im Mittleren Osten. Die Frackingtechnologien beschleunigen diesen Prozess. Sie machen die USA zum Ölexporteur. Die derzeitigen niedrigen Ölpreise verlangsamten diese Entwicklung allerdings, denn die diesbezüglichen Industrien sind überwiegend kreditfinanziert und brauchen einen hohen Ölpreis.

„Plötzlich ist die Rivalität zwischen Ost und West wieder da.“

10) Holger Douglas: *Wie beurteilen Sie die internationale Handlungsfähigkeit Deutschlands, dessen direkte Kontakte zu den Vereinigten Staaten und vor allem nach Russland? Sie scheint es nicht mehr so wie früher zu geben. Einige vergleichen die Situation derzeit gar mit der unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg: Keiner will einen Krieg, doch relativ plötzlich ist eine relativ gefährliche Situation entstanden. Teilen Sie diese Einschätzung?*

Ralph Thiele: Die Balten haben Grund zur Sorge. Wir Deutschen auch. Auch hier gibt es russische Minderheiten – und in Konsequenz der Sanktionen demnächst noch mehr. Wenn die Eskalationsspirale Schwung aufnimmt – warum sollte sie an den baltischen Grenzen stoppen?

Die Krise um die Unabhängigkeit der Ukraine traf die meisten westlichen Beobachter völlig unerwartet. Plötzlich ist die Rivalität zwischen Ost und West wieder da. Die wesentlichen Fortschritte zwischen Ost und West seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in Bezug auf Frieden und Freiheit, Sicherheit und Prosperität sind plötzlich wieder in Gefahr.

Und es könnte noch schlimmer kommen. Die alten Mechanismen vertraulicher Kommunikation in Krisen gibt es nicht mehr – übrigens sind auch diesbezügliche Mechanismen mit den westlichen Partnern notleidend. In Richtung England hat sich eine (zu) stille Partnerschaft ausgeprägt. Der enge Schulterschluss mit Frankreich ist heute eher eine rhetorische Floskel.

Die bewährte enge Bindung an die USA wurde so lange für selbstverständlich gehalten, bis man sich nur noch auf Konferenzen begegnet. Welche deutschen Politiker und Parlamentarier von Rang reisen regelmäßig in die USA und finden dort Gehör und vice versa?

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist da die einzig verbliebene Ausnahme. Nach dem Dreiklang im vergangenen Jahr von Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen „Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen“, steht in den nächsten Tagen auf der diesjährigen Konferenz vom 6.-8. Februar die Kanzlerin in einer besonderen Verantwortung. Mit ihr werden auch US-Vizepräsident Joe Biden und der russische Außenminister Sergej Lawrow zu hören sein.

Und der Kenner weiß: Noch wichtiger als die öffentliche Rede werden die Gespräche in den Fluren und Besprechungszimmern des Bayerischen Hofes in München sein.

Hoffentlich wird es dabei gelingen, die USA von einer weiteren Eskalation der Krise durch eine signifikante Aufrüstung der Ukraine abzuhalten. Ein solches Gefecht kann der Westen nicht gewinnen. Das ist ein sehr gefährliches und zugleich kontraproduktives Spiel mit dem Feuer.

Deeskalation ist das Gebot der Stunde. Die Wiedergewinnung von Vertrauen die Voraussetzung für Erfolg. Von größter Bedeutung wird es sein, gegenseitiges Vertrauen wieder herzustellen. Dies ist der Kern einer besseren künftigen Entwicklung. Dabei spielt auch Vertrauen in die Wirksamkeit rechtstaatlicher Prinzipien als ein Schlüsselement der entstehenden neuen Weltordnung eine fundamentale Rolle, in der auch der Westen seine Performance verbessern kann und muss.

Natürlich ist Russland kein demokratisches Land, aber die realistische Einschätzung der Möglichkeiten gebietet, klüger mit der Situation umzugehen.

Bewährte multilaterale Instrumente der Vertrauensbildung wie die OSZE und der NATO-Russland-Rat sollten für die friedliche Beilegung der Ukraine-Krise genutzt werden. Operative Herausforderungen wie Entflechtung, Überwachung einer Waffenruhe, Grenzüberwachung können aller Erfahrung nach nur gelöst werden, wenn es gelingt, einen allgemein akzeptierten multilateralen Verhandlungsrahmen zu schaffen.

Der bedeutende Historiker Herfried Münkler nannte kürzlich den Ersten Weltkrieg ein „Kompendium falscher Entscheidungen“. Wir müssen sehr aufpassen, dass wir nicht ein weiteres Musterbeispiel für eine Serie falscher Entscheidungen liefern, die dann in einer Katastrophe münden. Noch ist es nicht zu spät. Insbesondere die deutsche Bundeskanzlerin und der deutsche Außenminister haben das Format, die Dinge zum Besseren zu wenden. Übrigens könnte auch ein deutscher Alt-Kanzler wichtige Beiträge leisten.

Holger Douglas: *Herzlichen Dank für das Interview!*

Das Gespräch führte Holger Douglas, Vorstand Technik und Wissenschaft des Verbandes und zuständig für internationale Fragen. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Interviewten wieder.

THEMEN

Boko Haram: No Longer Just a Threat to the State of Nigeria but to the Entire Continent of Africa and the West

The summer of 2014 saw a marked escalation in Boko Haram attacks on the civilian Muslim-majority population throughout northern Nigeria. The attack methods range from car-bombs to martyr-bombers to indiscriminate shootings into crowded places. The intensity and magnitude of the carnage inflicted upon the civilian

population is unprecedented. The attacks have become increasingly vicious and indiscriminate.

Lethal and painful as the indiscriminate carnage has been, this is not the significant development in Nigerian Jihadism during summer 2014. The key development is the further integration of Boko Haram into the global Jihadist trend. It is toward this end that the Boko Haram started their still unfolding consolidation in the northeast. On August 6, a large and well equipped mobile force of the Boko Haram attacked and seized the town of Gwoza, Borno State. Boko Haram launched their major offensive in the third week of August in order to bring about a profound change in the situation in northern Nigeria.

On August 24, the Boko Haram posted a video in which Abubakar Shekau announced the establishment of an independent Islamic Caliphate throughout northeastern Nigeria. Shekau declared that Gwoza was the capital of the Islamic Caliphate. He reiterated the complete rejection of the modern state by the Boko Haram. “We don’t believe in the name Nigeria. We are in [an] Islamic Caliphate. We have nothing to do with Nigeria,” Shekau explained. “Thanks be to Allah, who gave victory to our brethren in Gwoza and made it part of the Islamic Caliphate. By the grace of Allah, we will not leave the town. We have come to stay.”

The Boko Haram continued to consolidate and expand their Caliphate throughout northeastern Nigeria. By the end of October, the Caliphate already controlled well over 20,000 square kilometers [SqKm]. The Boko Haram also extended the spread of terrorism in the northeast to areas adjacent to the Caliphate. These raids and bombings demonstrated the growing reach and impunity of the Boko Haram forces.

Ultimately, the further radicalization of the Boko Haram in fall 2014, including the growing viciousness of their attacks, is a reflection of the overall transformation of the Jihadist movement

in the Maghreb and the Sahel. During the fall, senior commanders of the Boko Haram arrived in southern Libya from Nigeria, Mali and Syria-Iraq in order to participate in the regional Jihadist effort. Under their supervision, close to a hundred Nigerian fighters are receiving expert training in the three secret camps in southern Libya. The first Nigerian Jihadists are scheduled to graduate in early 2015. The Nigerian branch of Ansar al-Sharia is already preparing for their infiltration back to Nigeria. As these expert Jihadists arrive in the Caliphate, and the Nigerian North as a whole, they will further transform and escalate the Boko Haram's insurrection and terrorism Jihad.

The strategic-regional context of the Boko Haram's Jihad changed profoundly in early November 2014. This was a direct result of the evolving geo-strategic grand designs of the key aspirant powers – Sudan, Iran and Qatar – that committed to sponsoring and sustaining an Islamist-Jihadist surge into the Heart of Africa. The surge will rely on two Islamist springboards – the Derna Caliphate in eastern Libya and the Boko Haram Caliphate in Nigeria. The envisioned surge will be a threeprong east-to-west surge – a northern arm along the shores of the Mediterranean originating from Libya, a central arm through the Sahel originating from both Libya and Nigeria, and a southern arm along the shores of the Gulf of Guinea originating from Nigeria. By the time the surge is completed, there will emerge an Islamist-Jihadist bloc from the Red Sea in the east to the Atlantic in the west, and from the Mediterranean in the north to the Gulf of Guinea in the south.

To make sure that Shekau and the Boko Haram Caliphate can indeed deliver on the growing expectations – senior intelligence officials of the key sponsoring states and the Jihadist Takfiri trend resolved to submit the Boko Haram to a very close inspection. In mid-October, they sent a small delegation of senior commanders and experts to personally inspect and assess the situation in the Boko

Haram Caliphate. A couple of weeks later, the experts returned to Khartoum and then to Raqqah (the capital of Baghdadi's Caliphate) very impressed not just by the military and organizational capabilities of the Boko Haram, but also by the Islamist Jihadist knowledge and zeal of Shekau and his closest aides. The visitors were particularly impressed by the commitment of their hosts to building the Boko Haram Caliphate on the basis of the same Islamic teachings that are the cornerstone of Baghdadi's ideological doctrine. The experts recommended that the Takfiri Jihadist trend should tell would be volunteers from all over the Muslim World that if they could not reach Baghdadi's Islamic Caliphate because of travel difficulties they should go instead to the Derna Caliphate and the Boko Haram Caliphate.

The decision to use Nigeria as a springboard would, in turn, determine the states' sponsorship of the Boko Haram and their facilitation of the still unfolding marked escalation of the Boko Haram's assault on the State of Nigeria. In fall 2014, the leaders of Iran and Sudan were convinced that Abubakar Shekau and the Boko Haram will be able to facilitate the revival of their grand design for west Africa. The success in sponsoring the Jihad in Libya in fall 2014 prompted Tehran and Khartoum to increase the direct involvement of Qatar in other endeavors in sub-Saharan Africa. The decision was also affected by the prominence of Qatar with other Sunni Jihadist movements, and especially the Caliphate, that were increasingly influencing Shekau and the Boko Haram Shura.

The anticipated role of the Boko Haram Caliphate as the Islamists-Jihadists springboard into the rest of west Africa requires Shekau to closely follow Baghdadi's Takfiri Jihadism. Unlike earlier surges into the Heart of Africa, the Jihadism sponsoring states are now convinced that they have a sound territorial springboard in the Boko Haram Caliphate. In late-2014, the Caliphate was tightly controlling around 50,000 SqKm or 6% of the territory of Nigeria, and partially

controlling additional 130,000 SqKm – for a total of around 180,000 SqKm or close to 20% of the territory of Nigeria.

Unlike the Sahel areas under the dominance of AQIM – the Caliphate has densely populated area with solid transportation infrastructure, electricity and mobile phones, water and food. The Boko Haram Caliphate includes both cities with technically skilled urban population and food-producing rural area. Thus, the Boko Haram Caliphate can serve as a secure long-term springboard for further surge into the Heart of Africa. Therefore, it became imperative for the sponsoring states to quickly organize supplies of weapons, funds and expert cadres to assist Shekau in consolidating his rule over northeastern Nigeria and be able to surge from there.

The evolution of the Boko Haram strategy since early November 2014 put a growing emphasis on preparing the infrastructure and territory required by the foreign partners and sponsors for the anticipated escalation. Concurrently, the Boko Haram has focused on politically spectacular operations in order to undermine the stability, and ultimately the very existence, of the Nigerian State in its current borders. The first priority is to delegitimize the Federal Government, not just one president or another. The next priority is to alienate the entire Muslim population of the North by inflicting heavy casualties, preventing daily life, and demonstrating the government's inability to protect the people and ensure safe and secure everyday life. Taken together, these two priorities will inevitably have major impact on the presidential elections. Boko Haram leaders are convinced they are on the winning streak militarily. They have weapons and ammunition, food and other supplies, for 12-18 months of intense fighting.

Meanwhile, between early November and mid-December, Boko Haram raids and attacks continued to spread and escalate throughout the region – mainly in Yobe, Borno and Adamawa States, but also beyond and in-

creasingly in Gombe and Bauchi States. The Boko Haram largely succeeded in blocking military counterattacks on the key contested cities – albeit at a high cost in fighters and weaponry. Essentially, this was a transition period in which the ongoing military activities of the Boko Haram continued along proven lines while the strategy and force structure evolved on the basis of newly acquired weaponry, arrival of expertise, and emerging missions as a result of the new regional role. New weapons and better tactics originating in the battlefields of Syria-Iraq became more prevalent in the Boko Haram operations between late November and early December. In late-November, the Boko Haram started using Middle East-type IEDs (Improvised Explosive Devices).

In late December 2014, the Boko Haram was seizing and sustaining the military initiative at the strategic and operational levels. The Boko Haram forces were operating in internal lines and exploiting fully their superior speed of force movements. Highly mobile and heavily armed columns strike repeatedly and frequently and in different locations – forcing the Nigerian military to operate its forces in external lines. The military exhausts resources in pursuits and counter attacks when the bulk of the Boko Haram forces are long-gone and shifting to new attack spots. The Boko Haram succeeded to shoot down helicopters and strike aircraft – thus negating air power that is usually the greatest advantage regular armies have over irregular forces. The Boko Haram forces frequently ambushed and defeated Nigerian Army units up-to and including battalions. Meanwhile, the Nigerian military's recapturing of cities proved short-lived because of ferocious counter-attacks by the Boko Haram that also forced IDPs by the tens of thousands.

The Boko Haram could field a force of up-to 50,000 fighters. Of these, between 15,000 and 20,000 mujahedin were highly trained and well equipped fighters. They used the bulk of the armored vehicles, Technicals, all-terrain

tractors and motorcycles. The remaining 30,000 mujahedin were auxiliary fighting forces of varying qualities. These included about 15,000 locally recruited volunteers. The high unemployment throughout the North has created large groups of disgruntled youth who have proven susceptible to Boko Haram recruitment. Moreover, Boko Haram began to offer signing bonuses and monthly payment to local youth. The volunteers initially underwent rudimentary military training. Equipped largely with small arms and low-quality vehicles, they performed guard and patrol duties. As the training and experience of these fighters improve – they will be integrated into the main high-quality fighting forces. The Boko Haram also had about 10,000 forced recruits that routinely provided technical and logistical services but could be pressed to defensive duties when needed. Most alarming were the over 5,000 boy-soldiers. Most of them were kidnapped boys that were indoctrinated into Jihadist zeal. Teams of boy-soldiers started as back-up second wave fighters. After gaining experience and proving their zeal, they are moved to special units where they are involved in sensitive missions such as intelligence collection, transporting sabotage equipment, and assassination of Nigerian “high value targets.” In a few years these boy-soldiers will become a zealot hard-core of the Boko Haram elite forces.

The rising international profile and growing international cooperation of the Boko Haram had major impact on the composition of their manpower. In the elite mujahedin units there are several hundreds, probably well over a thousand, fighters from Chad, Niger and Cameroon. The initial cross border recruitment was from population groupings that belong to the same tribes and speak the same local languages. However, as the notoriety of the Boko Haram grew throughout west Africa – there emerged a steady flow of local Jihadists seeking frameworks, training and experience they can subsequently bring back to their own home countries. These Jihadists are being integrated into the units

of Nigerian local volunteers and like them acquire experience and move up-ward in the hierarchy.

In mid-2014, there also began a flow of returning Nigerian and other African volunteers arriving from foreign Jihads. At least 100 Nigerian veterans returned from Syria-Iraq, and dozens of others returned from Somalia, Mali and the training camps in Libya. Over 100 highly trained Nigerians are expected to arrive from the training camps in southern Libya during 2015. A few friends from other west African states accompanied their Nigerian counterparts from foreign Jihads and joined the Boko Haram. In mid-2014, recruiters of the Islamic Caliphate arrived in Nigeria with returning Jihadists from the Middle East. They are seeking Muslim volunteers for the Jihad fronts in Syria-Iraq and Libya. Since summer 2014, the KHI recruited 40-60 such Nigerian volunteers. These volunteers will receive advanced training and, if they survive, will be returning to Nigeria as experienced commanders starting 2016. Since many of these recruits are from the Lagos slums and other cities in the South – they will expedite the spread of the Jihadist struggle to the South.

The Boko Haram upper-most leaders expect a major escalation in the fighting in northeastern Nigeria. In mid-December, the Boko Haram's operational plans for the first months of 2015 envisaged attacks on 25 towns and villages all over the five states of Adamawa, Borno, Bauchi, Gombe, and Yobe. The aggregate impact of these attacks should be the further consolidation and large expansion of the Caliphate. Therefore, the Boko Haram's amirs and kwamandoji (commanders in the Hausa language) invoked the percept of “Kufr al-Akbar” – that is, cardinal or mortal apostasy – as a definition for any forbidden action by Boko Haram units and commanders. Kufr al-Akbar now covered withdrawal from cities and towns, as well as negotiations with any government authorities (Military, State and Federal). Any notion of compromise was declared Kufr al-Akbar. This means that the only

way to defeat the Boko Haram is occupation of the territory they hold and the killing of their commanders and leaders. Meanwhile, the sponsoring states that are ready to invest more in protecting and expanding the Boko Haram Caliphate through the growing flow of weapons, funds and experts.

In early January 2015, state sponsorship is the dominant factor in the transformation of African Islamism-Jihadism – including the Boko Haram. The objectives of the Boko Haram Caliphate in the northeast are no longer only inward looking – that is, to liberate Nigeria's Muslims, to establish a righteous Islamic State, and to destroy the apostate Nigerian State. The Boko Haram Caliphate has evolved into also becoming a major pillar – along with the Derna Caliphate in Libya – of the Islamist-Jihadist three-prong surge throughout the Heart of Africa. The Boko Haram joins other regional entities like the Ansar al-Sharia, al-Murabitun, and al-Shabab in defining their own area of interest and activity as extending from the Red Sea to the Atlantic. Indeed, the Boko Haram's ideology now inspires other Islamist-Jihadist movements in Africa. In late-December 2014, Ghana police uncovered in Akim Ofoase Zongo, eastern Ghana, a small cell that formed "a Boko Haram group" committed to "running a pure Islamic community." The mid-January 2015 Charlie Hebdo riots in Niger turned very violent and lethal. Throughout, the Islamist rioters also chanted support for, and solidarity with, the Jihad of the Boko Haram.

The Boko Haram's quest for military power has thus evolved from focusing on insurrection and terrorism to defeating armies and conquering and holding large swaths of territory. Toward this end, the Boko Haram began acquiring the capacity to fight conventional wars against the armed forces of states. Such military capabilities can only be provided by sponsoring states that, in return, will demand the Boko Haram's active participation in the pursuit of their own strategic and economic

objectives. Thus, the pursuit of the Caliphate has already transformed the Boko Haram into an integral part of a larger geo-strategic and geo-economic megatrend. The long-term threat of the Boko Haram is growing because the Islamic Caliphate in Syria-Iraq provides proof and precedents that establishing a Caliphate against all odds is possible in the 21st Century, and the sponsoring states – Sudan, Iran and Qatar – make this quest possible in the Heart of Africa through their largesse. Hence, the Boko Haram is no longer just a threat to the State of Nigeria but to the entire continent of Africa and the West.

Yossef Bodansky

Yossef Bodansky has been the Director of Research at the International Strategic Studies Association [ISSA], as well as a Senior Editor for the Defense & Foreign Affairs group of publications, since 1983.

Opinions expressed in this contribution are those of the author.

THEMEN

Weissbuch 2016 – Empfehlungen von Mitgliedern der pmg

Für die deutsche Sicherheitspolitik ist es an der Zeit, eine neue Standortbestimmung vorzunehmen. Seit dem letzten Weißbuch aus dem Jahr 2006 ist viel passiert. In der Tagesschau wurde kürzlich berichtet, dass die Verteidigungsministerin bei der Formulierung des neuen Weißbuches einen "inklusiven" Ansatz verfolgt. Danach wird das Weißbuch gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt erarbeitet und unter Beteiligung relevanter Ressorts wie dem Innen- und Entwicklungsministerium erstellt. Darüber hinaus wolle die Ministerin, dass sich auch andere Ministerien, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen, die NATO, die EU und die wichtigsten Bündnispartner einbringen können. Auch die Bürger sollen ihre Sicht der Dinge „online“ beisteuern können. In der Vorbereitung des Weißbuches soll es Diskussionsveranstaltungen, Workshops und Gesprächsrunden geben.

Empfehlungen

1. Fortschreibung versus Neuansatz

Klarheit sollte von Beginn an bestehen, ob es sich beim neuen Weißbuch um eine Fortschreibung des alten Weißbuchs oder um einen Neuansatz handelt. Viel spricht für den Neuansatz. Grundsätzlich setzen die in den letzten zehn Jahren veränderten Rahmenbedingungen (Welt aus den Fugen, Globalisierung, die Verwerfungen in den arabischen Staaten, die Bedrohungen durch den "Islamischen Staat" und Boko Haram, die Ukraine-Krise, das zunehmend strapazierte Verhältnis zu Russland, Chinas Aufstieg in der Welt, der rasche Abstieg Europas; auch im Verhältnis zu unserem wichtigsten Verbündeten, den USA, gibt es leider Probleme (NSA/ Detention Camps etc.)), zukünftige Megatrends (darunter Demographie, Individualisierung, Digitalisierung, Urbanisierung, Klimawandel, Ressourcen, Fragilität), die ausgesetzte Wehrpflicht, rasant wachsende Cyber-Gefährdungen eine große Hausnummer für das neue Weißbuch. Wir haben es mit einer deutlich verschärften Sicherheitslage zu tun. Deutschlands Sicherheit ist vernetzter als je zuvor. Zugleich zielen staatliche und nicht-staatliche hybride Akteure auf vernetzte Unsicherheit. Zudem wird die Interaktion auch im internationalen Rahmen unseres Handelns (VN, EU, NATO, OSZE, Weltbank, IWF, ad hoc Koalitionen) anspruchsvoller.

2. Wie begegnen wir künftig „Vernetzter Unsicherheit“?

„Die Welt ist anscheinend aus den Fugen geraten“ – mit Blick auf diese zutreffende Feststellung des Außenministers sollte das Weißbuch Ansätze zur Sanierung geben. Die „Leitlinien für den Umgang mit fragilen Staaten“ aus dem September 2012 sind ein bemerkenswerter ressortübergreifender Ansatz, der jetzt im neuen Weißbuch fortgesetzt werden kann und sollte. Das neue Weißbuch sollte Sicherheitspolitik als wesentlichen Teil einer verantwortlichen, praktisch wirksamen Gesamtpolitik/Gesamtstrategie darstellen und erläutern. Früheren

Ansätzen der Vergangenheit mangelte es bisher an operativer Umsetzung. Eine in der praktischen Politik verankerte Gesamtstrategie ist gegenwärtig und künftig unverzichtbar, da die immer wieder genannten Herausforderungen einer globalen Welt mittlerweile Realität sind und das Leben auf dem Globus bestimmen.

3. Formulierung von Werten, Interessen und Zielen Deutschlands als Basis für vernetztes Handeln

Klar formulierte Werte, Interessen und Ziele sollten dieser Gesamtstrategie eine verständliche Orientierung geben. Die Kunst wird sein, diese so offen zu formulieren, dass diese durch alle BSR-Ressorts mitgetragen werden können. Sie sollten als begründende Basis für alle unsere sicherheitspolitischen Politikfelder anwendbar sein, darunter Rüstungs(export)politik, Entwicklungshilfepolitik, Finanzpolitik, Flüchtlingspolitik, Asylpolitik usw.

4. Die Darstellung künftiger Sicherheitsrisiken wird komplexer

Die bisherige Konzentration auf militärische Risiken ist nicht mehr angemessen. Neue und hybride Herausforderungen erfordern eine ganzheitliche Erörterung von Sicherheitsrisiken. Der hybride Krieg, der uns seit den Balkankriegen der 90er Jahre begleitet, prägt sich zunehmend als Kriegsbild des 21. Jahrhunderts aus. Neben der Bedrohung durch Netz- und Cyberattacken werden in der Hardware schon bald neue Fähigkeiten eine bedeutende Rolle spielen. Das Thema Cyber hat inzwischen eine politisch strategische Dimension erlangt, die Außen-, Verteidigungs-, Innen-, Sicherheits-, Industrie- und Gesellschaftspolitik zutiefst beeinflusst. Vielleicht braucht „Cyber“ im neuen Weißbuch sogar ein eigenes Kapitel? Darüber hinaus müssen die raschen technologischen Veränderungen des letzten Jahrzehnts deutlich herausgearbeitet werden. Beispielhaft ist der Einsatz von Robotern und Drohnen (beide Systeme auch im Miniformat) zu terroristischen Zwecken, aber natürlich auch immer stärker auf dem Gefechtsfeld. Hier gilt es rechtzeitig Abwehrfähigkeiten

(auch im Innern) zu entwickeln und ggf. notwendige gesetzliche Regelungen zu treffen. So sollte durchaus auch sachgerecht und sorgfältig diskutiert werden, ob nicht für auf dem Markt frei erwerbbar Roboter und Drohnen (ab einer bestimmten Größe und Kapazität) eine amtliche Registrierungspflicht notwendig wird, vergleichbar derjenigen bei Waffen.

5. Neubewertung der bisherigen Trennung von innerer und äußerer Sicherheit

Die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern eine Neubewertung und Weiterentwicklung der im Grundgesetz formulierten Trennung von innerer und äußerer Sicherheit. Das neue Weißbuch muss sich ausführlich mit der Frage beschäftigen, inwieweit innere und äußere Sicherheit künftig in noch stärkerem Maße als heute politisch, rechtlich und operativ miteinander verwoben sind. Der Kampf gegen den Terror von ISIS im Irak/Syrien ist außenpolitisch geprägt. Der Kampf gegen bzw. die Abwehr von ISIS-Terroristen in Europa ist innenpolitisch geprägt. In beiden Fällen stehen wir aber derselben „Gegnerschaft“ gegenüber. Die Komplexität der sicherheitspolitischen Herausforderungen (z. B. klassische Konflikte, terroristische Bedrohungen, demografische Entwicklung, Migration, Klimawandel, technologische Entwicklung, Cyber) erfordert ein über die Grenzen der ministeriellen Ressorts hinausgehendes vernetztes Denken, Handeln und Entscheiden. Die Behandlung des Themas von innerer und äußerer Sicherheit verlangt dann logischerweise eine Antwort auf die Frage zum Einsatz der Bundeswehr im Innern. Diese Frage wird kommen! Die Bundesregierung kann sich den dazu erforderlichen Entscheidungen nicht dauerhaft entziehen.

6. Auch Energie- und Versorgungssicherheit sind nach außen wie nach innen miteinander verknüpft

Auch beim Thema Energie- und Versorgungssicherheit ist die deutsche bzw. europäische Interessenlage nach außen wie nach innen miteinander verknüpft. Vorausschauende Sicherheitsvor-

sorge verlangt hier bereits heute politische, rechtliche und operative Konzepte und Maßnahmen. Die polizeilichen Kapazitäten weisen für das immer breiter werdende Aufgaben-/Einsatzspektrum kaum noch Reserven auf.

7. Hervorgehobene Ansprache des Themas Maritime Domain Security

Maritime Domain Security sollte im Weißbuch besondere Beachtung finden, denn für die Bundesrepublik Deutschland als exportorientierte Nation ist die Sicherung der Seewege, der Küsten und Häfen sowie der dort etablierten Prozesse von elementarer Bedeutung. Auch hier ist ein Feld – insbesondere in Häfen, aber auch EEZs –, in dem die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit nicht zielführend ist.

8. Konkretisieren der Vision einer Europäischen Armee

Die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen betreffen die gesamte EU und NATO. Die absehbar knappen Haushaltsmittel in allen Staaten der EU erfordern intelligente, wirtschaftliche und effiziente Vorgehensweisen zur Schaffung einer zukunftsorientierten Europäischen Armee. Dazu sind gezielt Zwischenschritte einzuleiten z. B. durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit den kleineren Nachbarstaaten insbesondere auf den Gebieten der Streitkräfte- und Ausrüstungsplanung, der Entwicklung gemeinsamer Streitkräftestrukturen sowie der Aus- und Weiterbildung insbesondere des (künftigen) Führungspersonals.

9. Einrichtung einer Bildungskommission

Das Bild des Krieges, künftiger Konflikte sowie der Rolle und Aufgaben von Streitkräften verändert sich umfassend. Dies hat Auswirkungen auf die Struktur künftiger Streitkräfte, Strukturen und das Personal. Wir benötigen zukünftig mehr denn je „Wissenskrieger“ (Toffler). Daher bedarf die Aus- und Weiterbildung der Streitkräfte einer umfassenden Untersuchung über den künftigen Bedarf an Bildung und Ausbildung. Die heutige Struktur des Ausbildungssystem der Bundeswehr (soweit es dieses

überhaupt gibt!) beruht im Kern auf den Entscheidungen im Kontext der Bildungsreform Anfang der 70er Jahre. Dies ist mit Sicherheit nicht mehr zeitgemäß. Darüber hinaus liegt in der Rekrutierung und Ausbildung des Führungsnachwuchses eine bedeutende Aufgabe des nächsten Jahrzehnts. Auch hier brauchen wir dringend neue Konzepte.

10. Abstimmungsprozesse zwischen den zu beteiligenden Ressorts verbessern

Jede Erarbeitung der Weißbücher in der Vergangenheit war stets eine große Herausforderung hinsichtlich des Abstimmungsprozesses zwischen den betroffenen Ministerien. Da am Ende eine Billigung durch die gesamte Regierung (also durch das ganze Kabinett einschließlich Kanzleramt) stehen sollte, entsprach inhaltliche Ergebnis einem Minimalkonsens (vor allem, wenn mehrere Parteien an der Regierung beteiligt waren). Eine frühe inhaltliche Vereinbarung über Kernaussagen und Abstimmungsprozesse erleichtert das Procedere. Beim neuen Weißbuch 2016 reicht ein Minimalkonsens nicht. Der Anspruch muss sein, einen großen Wurf zu machen, der nicht ein Abbild der Gegenwart beschreibt, sondern die sicherheitspolitische Landschaft und die sicherheitspolitischen Herausforderungen der nahen Zukunft umfasst. Da das neue Weißbuch lediglich mit einem Minimalkonsens seine angestrebte Wirkung nicht erfüllen würde, böte sich vielleicht bei strittigen Themen eine inhaltliche Darstellung in Form von „These-Antithese“ an. Es könnten aber auch nicht konsensfähige Aussagen durchaus in Form von „Diskussionsbeiträgen“ formuliert werden.

11. Online-Beteiligung der Öffentlichkeit

Wesentliche Bedeutung ist dem gesamten „Weißbuchprozess“, sprich der Erstellung des Weißbuches, in der Interaktion mit Bevölkerung und Öffentlichkeit beizumessen. Es macht keinen Sinn, erst das finale Ergebnis Experten und Bevölkerung vorzustellen; heute bedarf es mehr denn je an durchgängiger Transparenz und Partizipation. Es ist ja bereits an-

gekündigt und bietet sich auch an, bei der Erarbeitung des neuen Weißbuchs erstmalig die „Strategic Community“ oder gar eine erweiterte Öffentlichkeit „online“ zu beteiligen. Nahezu alle politischen Parteien sind mittlerweile bei der Erarbeitung wichtiger Papiere dazu übergegangen, ihre Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit derart zu beteiligen. Eine solche Online-Plattform könnte nach Herausgabe des neuen Weißbuchs in 2016 geschaltet bleiben, um den Dialog zwischen Ministerium und Öffentlichkeit zu fördern. So könnte auch ein wirksamer Beitrag für das Verständnis und die Akzeptanz von Sicherheits- und Militärpolitik sowie der Bundeswehr geleistet werden.

12. Ankündigung einer ressortübergreifenden Überprüfung von Organisationen und Strukturen

Sollte das neue Weißbuch tatsächlich einen Neuanfang beinhalten, verlangt dies auch eine Überprüfung aller Organisationen und Strukturen in den betroffenen Ressorts. Die USA haben bereits 2001 mit home defence security strukturell und konzeptionell reagiert. Auf Dauer sind auch ressortübergreifende aufbau- und ablauforganisatorische Konsequenzen unausweichlich.

Mitglieder der pmg

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der pmg

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.

